

Absender
 Name:
 Straße:
 PLZ/Ort:

Erstantrag

Antrag auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft und Gewährung von Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz

Landratsamt Bautzen
 Sozialamt
 Bahnhofstraße 9
 02625 Bautzen

gemäß § 152 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und LBlindG

Aktenzeichen

Zugunsten der besseren Lesbarkeit verzichten wir auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Die Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

Ich beantrage

die Feststellung einer Behinderung, des Grades der Behinderung (GdB) nach **§ 152 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)**. Der Feststellungsantrag erstreckt sich auf alle vorliegenden Funktionsbeeinträchtigungen beschränkt sich auf die in diesem Antrag aufgeführten Funktionsbeeinträchtigungen (Beschränkung).
die Ausstellung eines Ausweises.
die Ausstellung einer Steuerbescheinigung, falls der festgestellte GdB unter 50 liegt.

die Eintragung des/der **Merkzeichen(s)**
(BI) blind
(TBI) taubblind
(GI) gehörlos
(H) hilflos Pflegegrad _____ liegt vor
(G) erheblich beeinträchtigt in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr
(aG) außergewöhnlich gehbehindert, weil ich mich nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb meines Fahrzeuges bewegen kann auf die Benutzung eines Rollstuhls angewiesen
(B) auf ständige Begleitung bei Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen
(RF) wesentlich sehbehindert
(RF) wesentlich schwerhörig
(RF) ständig gehindert, an öffentlichen Veranstaltungen jeder Art teilzunehmen **ständig** bettlägerig
(1.KI.) bei Reisen mit der Deutschen Bahn AG wegen Schädigungsfolgen i.S. des Bundesversorgungsgesetzes/ Bundesentschädigungsgesetzes auf die Unterbringung in der 1. Wagenklasse angewiesen

Ich beantrage

die Gewährung von Leistungen nach dem **Sächsischen Landesblindengeldgesetz (LBlindG)** wegen
 Blindheit hochgradige Sehbehinderung Gehörlosigkeit Schwerstbehinderung des Kindes
 (Bitte Anlage BL ausfüllen)

Um sachgerecht über ihren Antrag entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig und vollständig auszufüllen und uns die erbetenen Nachweise zu überlassen.

Soweit in einzelnen Abschnitten der Platz für die Eintragungen nicht ausreicht, bitte die Angaben auf einem gesonderten Blatt beifügen.

1. Angaben zur Person sowie Angaben zu **Wohnsitz** oder gewöhnlicher Aufenthalt

Name		Vorname		ggf. Geburtsname		Geschlecht weiblich männlich	
Geburtsdatum		Geburtsort			Kreis, Land		
Straße			Haus-Nr.		Kreis		
PLZ		Ort		Ortsteil - nur bei Abweichung vom Wohnort		in Sachsen in _____	
Telefon-Nr. (Angabe freiwillig)				derzeit erwerbstätig		ja nein	

2. Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit

Ausländer bitte eine amtliche Bescheinigung über den Aufenthaltstitel beifügen oder beiliegende Bescheinigung durch die zuständige Ausländerbehörde ausfüllen und unterzeichnen lassen.

Grenzarbeiter - ausländische Arbeitnehmer - bitte die Arbeitsbescheinigung der derzeitigen Arbeitgebers und Bescheinigung über die Arbeitserlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes - soweit erforderlich - oder Ausweis über den kleinen Grenzverkehr beifügen.

3. Betreuer/Vormund

Bei Minderjährigen bzw. bei Personen, für die ein Vormund oder Betreuer bestellt ist, bitte Namen, Vornamen und Anschrift des gesetzlichen Vertreters oder des bestellten Pflegers angeben und **Betreuungsurkunde** vorlegen. Bevollmächtigte Personen bitte ebenfalls hier eintragen und die entsprechende **Vollmacht** beifügen.

Name		Vorname	
Straße			Haus-Nr.
PLZ	Ort	Ortsteil	

4. Ich beantrage nur die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises auf Grund anderweitiger Feststellungen.

Hat ein/das Versorgungsamt oder eine andere Verwaltungsbehörde, ein Sozialversicherungsträger oder ein Gericht bereits einmal eine Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Minderung der Erwerbstätigkeit/MdE/ den Grad der Schädigungsfolgen (GdS) getroffen oder besitzen Sie eine vorläufige Bescheinigung von einer dieser Stellen oder läuft ein entsprechendes Verfahren?

Nein Ja, für nachfolgende Gesundheitsstörungen	Höhe des festgestellten MdE/GdS(=GdB)	Bezeichnung der Verwaltungsbehörde, des Sozialversicherungsträgers oder des Gerichts	Geschäftszeichen und Datum des Vorganges oder der Entscheidung, ggf. Tag des Unfalls

Bitte Feststellungsbescheid oder -unterlagen beifügen. Nachfolgende Fragen brauchen Sie nur dann zu beantworten, wenn Sie weitere Funktionsbeeinträchtigungen geltend machen wollen oder wenn Sie Merkzeichen beantragen.

5. Angaben über gesundheitliche Funktionsbeeinträchtigungen

Welche nicht nur vorübergehenden körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen werden von Ihnen geltend gemacht?

Schlüsselzahl

Bitte zu jeder Gesundheitsstörung die jeweils zutreffende Schlüsselzahl eintragen.

Wichtig für Diabetiker: Bitte senden Sie, falls geführt, das Blutzuckertagebuch (die letzten 3 Monate) in Kopie ein.

- 1= angeborene Funktionsbeeinträchtigung
- 2= Arbeits- o. Dienstanfall (einschl. Wegeunfall); Berufskrankheit
- 4= Verkehrsunfall soweit nicht Arbeits- oder Dienstanfall (2)
- 5= häuslicher Unfall soweit nicht Arbeits- oder Dienstanfall (2)
- 6= sonstiger Unfall
- 7= Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung; Impf-, Haft-, Gewalttat-, Verfolgungsschaden
- 9= krankheitsbedingte Funktionsbeeinträchtigung
- 10= sonstige Ursache

6. Rückwirkende Feststellung

Die Feststellung soll erfolgen ab Antragseingang rückwirkend ab _____

Gründe für die rückwirkende Feststellung sind **Bitte unbedingt angeben!**

--

7. Angaben über ärztliche Behandlungen wegen der geltend gemachten Funktionsbeeinträchtigungen

Name des Hausarztes			
Straße			Haus-Nr.
PLZ	Ort	Ortsteil	
Telefon			

Ärztliche Behandlungen in den letzten 5 Jahren wegen der Funktionsbeeinträchtigungen

Behandlung von - bis	Name und Anschrift des behandelnden Arztes	wegen folgender Gesundheitsstörungen

Krankenhaus- und Kurbehandlung in den letzten 5 Jahren wegen der Funktionsbeeinträchtigungen

Behandlung von - bis	stationär	Name, Anschrift und Station der Klinik	wegen folgender Gesundheitsstörungen

Welcher Arzt erhielt den Krankenhaus- bzw. Kurabschlussbericht? _____
 Seine Anschrift lautet _____

Bei welchen bisher noch nicht angegebenen Stellen (z.B. Gesundheitsamt, Deutsche Rentenversicherung usw.) befinden sich weitere die Funktionsbeeinträchtigung betreffende Unterlagen, insbesondere ärztliche Gutachten, Untersuchungsbefunde, Röntgenbilder usw.?

Name und Anschrift der Stelle	Geschäftszeichen

Bitte senden Sie auch die sich in Ihren Händen befindlichen medizinischen Unterlagen mit ein.

8. Angaben zur Krankenkasse

Name und Anschrift der Krankenkasse		Mitgliedsnummer	
Haben Sie bei der Pflegekasse einen Antrag auf Pflegeleistungen gestellt?	nein	ja	der Antrag läuft noch
Wenn ja	der Antrag wurde abgelehnt	der Antrag wurde bewilligt, Pflegegrad _____	ab _____

Feststellung Schwerbehinderteneigenschaft und Landesblindengeld, Erstantrag - 06/2018

© Landratsamt Bautzen

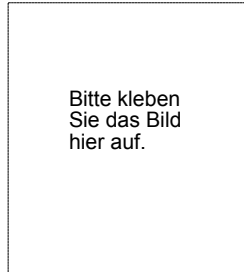
Zutreffendes bitte ankreuzen! bzw. ausfüllen!

9. Ausweis

Sofern Sie die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises beantragt haben, benötigen wir von Ihnen ein aktuelles Passbild in Farbe (35mm x 45mm im Hochformat)

Bitte kennzeichnen Sie das Bild auf der Rückseite mit Ihrem Vor- und Nachnamen und dem Geburtsdatum. Das Bild wird nur zur Fertigung des Ausweises elektronisch erfasst und anschließend aus datenschutzrechtlichen Gründen vernichtet.

Für Kinder unter zehn Jahren ist kein Bild im Ausweis erforderlich.



10. Allgemeine Hinweise (einschließlich Anlage BI)

Ich versichere, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Mir ist bekannt, dass **wahrheitswidrige Angaben** strafrechtlich verfolgt werden können und **zu Unrecht empfangene Leistungen** zurückgezahlt werden müssen.

Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, insbesondere eine Besserung der angegebenen Funktionsbeeinträchtigungen, die Änderung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts, der Entzug eines ausländerrechtlichen Aufenthaltstitels und die Beantragung bzw. der Bezug von gleichartigen Leistungen sind **unverzüglich** unter Angabe entsprechender Nachweise **mitzuteilen**.

Ich nehme zur Kenntnis, dass medizinische Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SGB IX oder LBlindG erhalten hat, nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden dürfen, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§§ 69 Abs. 1, 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X). Dieser Datenübermittlung an andere Leistungsträger kann von Ihnen widersprochen werden. Der Weitergabe kann auch noch später widersprochen werden.

Ich erhebe gegen diese Übermittlung Widerspruch

Die erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert.

Dem Antrag ist ergänzend das Informationsblatt zum Datenschutz nach der EU-DSGVO beigelegt. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Kenntnisnahme der Informationen.

Als Unterlagen sind beigelegt

Bestellungsurkunde/Vollmacht

Anlage BL

Kopie Personalausweis
(nur erforderlich bei Landesblindengeldantrag)

Ärztliche Unterlagen

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers oder

gesetzlicher Vertreter (Eltern Betreuer Pfleger)

Bevollmächtigten

Um sachgerecht über Ihren Antrag entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig und vollständig auszufüllen und uns die erbetenen Nachweise zu überlassen. Soweit in einzelnen Abschnitten der Platz für die Eintragungen nicht ausreicht, bitte die Angaben auf einem gesonderten Blatt beilegen.

11. Einwilligungserklärung

Name	Vorname
------	---------

Zur Durchführung des Feststellungsverfahrens nach dem SGB IX und der Entscheidung nach dem LBlindG ist es erforderlich, Unterlagen beizuziehen, die Auskunft über Ihren Gesundheitszustand oder über gewährte Sozialleistungen geben können (§ 67a SGB X). Sollten Sie die Einwilligung zur Beiziehung der Unterlagen verweigern, kann über Ihren Anspruch nach diesem Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden. Deshalb benötigen wir von Ihnen **nachfolgende Einwilligungserklärung**.

Ich bin vorbehaltlich nachfolgender Erklärung damit **einverstanden**, dass das die für meinen Wohnort für das Feststellungsverfahren nach dem SGB IX und dem LBlindG zuständige Behörde im Rahmen der Bearbeitung meines Antrages von Gerichten, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und anderen Leistungsträgern - welche ich im Antrag angegeben habe oder die aus den von mir überlassenen Unterlagen ersichtlich sind - medizinische Unterlagen aller Art und Akten **beizieht**, die für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt werden.

Weiter bin ich **einverstanden**, dass die zuständige Behörde - **von Ärzten, die mich behandelt haben, Psychologen, Gutachtern und Einrichtungen Auskünfte einholt und Unterlagen zur Einsicht beizieht**. Das schließt die Unterlagen ein, die diese Ärzte und Einrichtungen von anderen Ärzten und Einrichtungen erhalten haben.

Folgende Ärzte, Psychologen und Gutachter bzw. Einrichtungen schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus

Folgende Unterlagen schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus

Soweit sie durch diese Erklärung nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, entbinde ich die beteiligten Ärzte von ihrer Schweigepflicht und stimme der Verwertung der Auskünfte und Unterlagen im Verwaltungsverfahren zu.

Untersuchungen und Begutachtungen, die während des laufenden Verfahrens stattgefunden haben, werde ich der für meinen Wohnort zuständigen Verwaltung des Landkreises/der kreisfreien Stadt umgehend mitteilen. Wenn ich bei dieser Mitteilung nichts Gegenteiliges erkläre, bin ich damit einverstanden, dass auch die Unterlagen über diese ärztlichen Untersuchungen angefordert werden können.

Ich bestätige die Kenntnisnahme des Informationsblattes zum Datenschutz nach der EU-DSGVO.

Ort, Datum

Unterschrift

Diese Einwilligungserklärung kann jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

12. Bescheinigung der Ausländerbehörde - nur ausfüllen lassen, wenn der Antragsteller Ausländer ist -

Der Antragsteller hält sich rechtmäßig im Bundesgebiet auf. Er ist im Besitz einer/s:

Niederlassungserlaubnis	Aufenthaltsurlaubnis
Schengen-Visums	zum Zweck der Ausbildung (§§ 7, 16, 17 AufenthG)
nationalen Visums	zum Zweck der Erwerbstätigkeit (§§ 7, 18, 18a, 21 AufenthG)
(Aufenthaltszweck _____)	zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte (§§ 7, 18c AufenthG)
Duldung (§ 60a AufenthG)	aus völkerrechtlichen Gründen (§ 7, 22, 23, 23a AufenthG)
Aufenthaltskarte für Familienangehörige, die nicht EU-Bürger sind (§ 5 Abs. 1 S. 1 Freizüg/EU)	zum vorübergehenden Schutz (§ 7, 24 AufenthG)
Bescheinigung für das Daueraufenthaltsrecht (Unionsbürger und dessen Familienangehörige)	aus humanitären Gründen (§§ 7, 25 Abs. 1,2,3,5,25a,25b AufenthG)
Daueraufenthaltskarte für Familienangehörige (des Unionsbürgers) mit Drittstaatsangehörigkeit	für vorübergehenden Aufenthalt (§§ 7, 25 Abs. 4 AufenthG)
	aus familiären Gründen (§§ 7, 27 ff AufenthG)
	aufgrund eines Rechtes auf Wiederkehr (§§ 7, 37 AufenthG)
	für ehemalige Deutsche (§§ 7, 38 AufenthG)
Aufenthalts-gestattung (§ 55 AsylVfG)	Erlaubnis zum Daueraufenthalt EU (§ 9a AufenthG)
	Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG)

Das Asylverfahren wurde _____ abgeschlossen _____ noch nicht abgeschlossen

Die Ausweisung oder Abschiebung ist

wegen eines allein oder überwiegend in der Person des Asylbewerbers liegenden Grundes.

wegen eines objektiven, nicht in der Person des Asylbewerbers liegenden Grundes.

geplant ab _____

derzeit nicht absehbar und deshalb

völlig zukunfts-offen.

Sonstiges _____

Aufenthalts-titel bzw. anderer Nachweis gültig bis _____

Erwerbstätigkeit ist erlaubt ja nein

Datum _____

Unterschrift, Stempel _____

Anlage BI

Zusätzliche Angaben bei Beantragung von Leistungen nach dem LBlindG

Die folgenden Punkte nur ausfüllen, wenn Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz beantragt werden!

1. Antragsteller mit Wohnsitz in Sachsen, die nicht bzw. nicht im EU-EWR-Ausland arbeiten

1.1. Bezug/Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung

Ich erhalte folgende Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI) bzw. habe derartige Leistungen beantragt:

Pflegegrad	Leistungsart	
1	häusliche/ambulante Pflege (§ 36 SGB XI)	stationäre Kurzzeitpflege (§ 42 SGB XI)
2	Pflegegeld (§ 37 SGB XI)	vollstationäre Pflege (§ 43 SGB XI)
3		
4	Kombinationsleistung (§38 SGB XI)	Pflege in vollstationärer Einrichtung d. Behindertenhilfe (§ 43a SGB XI)
5	Tages-/Nachtpflege (§ 41 SGB XI)	_____

Meine zuständige Pflegekasse ist die AOK DAK Barmer GEK IKK _____

Ich erhalte keine Leistungen der Pflegeversicherung bzw. habe derartige Leistungen auch nicht beantragt.

1.2. Bezug/Beantragung von anderen Sozialleistungen

Ich erhalte folgende andere Sozialleistungen bzw. habe derartige Leistungen beantragt:		Stelle, Aktenzeichen	
1. Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) oder Gesetzen, die das BVG für entsprechend anwendbar erklären (OEG, IfSG, SVG, ZDG u.a.) oder nach dem UntAbschIG oder dem Anti-DHG.	ja		nein
2. Leistungen nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung (SGB VII).	ja		nein
3. Leistungen anderer Bundesländer nach dortigen Bestimmungen wegen Blindheit, hochgradiger Sehbehinderung, Gehörlosigkeit oder als schwerstbehindertes Kind.	ja		nein

Anlage BI

2. Aufenthalt in Heimen, Anstalten oder vergleichbaren Einrichtungen

Liegt derzeit eine ständige Unterbringung in einem Heim, einer Anstalt oder einer vergleichbaren Einrichtung (Pflegeheim, Altenheim, Rehabilitationseinrichtung o.ä.) vor oder ist eine solche Unterbringung beabsichtigt? ja nein

Falls eine Heimunterbringung vorliegt, bitte beiliegende Bestätigung ausfüllen lassen.

Hiermit wird bestätigt, dass bei

Name		Vorname		Geburtsdatum	
eine ständige Unterbringung in einem Heim, einer Anstalt oder einer vergleichbaren Einrichtung (Pflegeheim, Altersheim, Rehabilitationseinrichtung o.ä.) vorliegt oder eine solche Unterbringung beabsichtigt ist.					
Name der Einrichtung					
Straße				Haus-Nr.	
PLZ	Ort		Ortsteil		
Art der Einrichtung					
seit/ab		Öffentlich-rechtlicher Kostenträger des Aufenthalts			
Name des Kostenträgers					
Straße				Haus-Nr.	
PLZ	Ort		Ortsteil		

Die Kosten des Aufenthalts werden

in vollem Umfang teilweise nicht vom Antagsteller selbst getragen.

Die Pflegeversicherung trägt die Kosten als Leistung zur vollstationären Pflege.

Die Einrichtung wird regelmäßig jedes Wochenende für einen Aufenthalt zu Hause verlassen?

Ja. Nein, die Einrichtung wird nie selten regelmäßig an _____ Tagen/Monat verlassen.

Ort, Datum

Stempel/Unterschrift der Einrichtung

3. Bescheinigung zur Beantragung von Leistungen nach dem LBlindG, Wohnort Deutschland

Bescheinigung der Meldebehörde in Sachsen		Diese Bescheinigung wird Ihnen von den Meldebehörden gemäß § 64 SGB X kostenfrei ausgestellt.			
Die Richtigkeit der nachstehenden Angaben wird durch die Meldebehörde bestätigt.					
Name		Vorname			
ggf. Geb.-name oder frühere Namen				Geburtsdatum	
Ist hier gemeldet	seit _____	mit dem	Hauptwohnsitz	Nebenwohnsitz	
Ein Zuzug erfolgte	am _____				
von frühere PLZ	Ort		Bundesland/Land		
_____ Ort, Datum		_____ Unterschrift/Stempel der Meldebehörde			

Anlage BI

4. Anspruchsvoraussetzungen nach dem EU-Recht

(Nicht von Antragstellern auszufüllen, die in Sachsen wohnen und nicht bzw. nicht im EU-Ausland arbeiten.)

Beschäftigungsverhältnis in Sachsen ja nein

Beschäftigungsland/-ort _____

Arbeitgeber _____

(Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen)

Entsandter (Beschäftigung für ein deutsches Unternehmen im Ausland) ja nein

Land/Ort der Entsendung _____

Arbeitgeber _____

(Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen)

Ich erhalte im Beschäftigungsland folgende andere Sozialleistungen oder habe diese beantragt (Bewilligungsbescheid beifügen).

Leistungen der Kriegsopferversorgung, Gewaltopferversorgung oder andere vergleichbare Leistungen ja nein

Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung und vergleichbare Leistungen ja nein

Leistungen des Beschäftigungsstandes nach dortigen Bestimmungen wegen Blindheit, hochgradiger Sehbehinderung, Gehörlosigkeit oder vergleichbare Leistungen ja nein

5. Hinweis zum Übergang von Schadenersatzansprüchen

Nach § 8 Abs. 1 S. 1 LBlindG in Verbindung mit § 116 SGB X gehen gesetzliche Schadenersatzansprüche, die Sie gegen den Verursacher des Gesundheitsschaden haben (z.B. der Unfallgegner), auf den Landkreis / kreisfreie Stadt bzw. auf den Freistaat Sachsen über, soweit Ihnen wegen dieses Gesundheitsschadens Leistungen nach dem LBlindG zu gewähren sind, die die behinderungsbedingten Mehraufwendungen im täglichen Leben ausgleichen sollen. Sie oder beauftragte Dritte dürfen daher über Schadenersatzansprüche gegen den Schadensverursacher insoweit nicht mehr verfügen, insbesondere keinen Vergleich schließen oder Zahlungen entgegennehmen, sofern hierdurch die auf die Verwaltung übergegangenen Schadensansprüche berührt werden. Ein Verstoß dagegen kann eine Schadenersatzpflicht Ihrerseits gegenüber der Verwaltung begründen.

Ansprüche auf Schmerzensgeld und Ersatz von Sachschäden dürfen jedoch ohne Einschränkungen selbst gegenüber dem Schadensverursacher geltend gemacht werden.

Bei Zweifelsfragen berät Sie die für Ihren Wohnort zuständige Verwaltung des Landkreises/der kreisfreien Stadt auf Anfrage.

6. Zustehende Leistungen sollen auf das folgende Konto überwiesen werden

eigenes Konto gemeinsames Konto Fremdkonto (bitte Kontoinhaber angeben)

Kontoinhaber	Kreditinstitut
IBAN	BIC

Leistungen nach dem LBlindG können nicht auf Dritte übertragen, verpfändet oder gepfändet werden. Soweit die Leistungen auf ein Fremdkonto überwiesen werden sollen, ist der Grund für die Überweisung zugunsten des Fremdkontos anzugeben:

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Informationsblatt zum Datenschutz

Folgende Informationen sind Ihnen gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO- Verordnung (EU) 2016/679) bei Erhebung der personenbezogenen Daten mitzuteilen:

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die zuständige Stelle für die Erhebung der Daten im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach dem SGB IX und des Sächsischen Landesblindengeldgesetzes (SächsLBlindG) und mithin Verantwortlicher im Sinne der Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung ist folgende Stelle:

Landratsamt Bautzen
Sozialamt
Schwerbehindertenrecht
Bahnhofstraße 9
02625 Bautzen

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte(r)
datenschutz@lra-bautzen.de
03591 5251 0

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über den Feststellungsantrag nach § 152 SGB IX bzw. den Antrag auf Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz entscheiden zu können (§ 152 SGB IX, § 1 SächsLBlindG i.V.m. § 67a SGB X).

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden folgendermaßen weiterverarbeitet und an weitere zuständige Stellen übermittelt:

- Ihre personenbezogenen Daten werden im Verfahren zur Feststellung nach § 152 SGB IX bzw. auf Leistungen nach dem SächsLBlindG gespeichert und im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung an Ihre behandelnden Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten sowie an Gutachter, private Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen, Einrichtungen, Gerichte und Sozialleistungsträger übermittelt, soweit dies für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist (§ 67b Abs.1 SGB X).

Medizinische Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SGB IX oder LBlindG über Sie erhalten hat, dürfen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§§ 69 Abs.1, 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X). Dieser Datenübermittlung an andere Sozialleistungsträger kann von Ihnen jederzeit widersprochen werden.

5. Quelle der personenbezogenen Daten

Medizinische Auskünfte und Unterlagen werden entsprechend Ihrer Einwilligungserklärung von Ihren behandelnden Ärzten, Psychologen, Psychotherapeuten sowie von Gutachtern, privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen, Einrichtungen und Gerichten eingeholt und Unterlagen zur Einsicht beigezogen, soweit dies für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht vorgesehen, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung nach dem SGB IX und dem SächsLBlindG erforderlich ist. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

8. Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

9. Beschwerderecht

Ihnen steht ein Beschwerderecht bei der jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde zu.

10. Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 SGB I alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Sollten Sie die notwendigen Informationen nicht bereitstellen wollen, kann über Ihren Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden.

11. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch den Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft beim Verantwortlichen widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

12. Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken

Ist beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt der Verantwortliche Ihnen vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.